

# berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

März 2007

## Meere nutzen - Meere schützen!

### Für eine nachhaltige europäische Meerespolitik

**Der Begriff der Nachhaltigkeit kommt aus der Forstwirtschaft und bedeutet, dass immer nur so viel Holz geschlagen wird, wie durch Wiederaufforstung nachwachsen kann. Auf unsere Meere übertragen bedeutet dieses Prinzip, dass wir z. B. nur so viele Fische fangen, dass sich die Fischbestände wieder erholen können.**

Von Rainer Steenblock



Rainer Steenblock,  
europapolitischer Sprecher  
Bündnis 90/Die Grünen

Fangen wir zu viele, gerät das sensible Gleichgewicht des Ökosystems Meer aus den Fugen. Nicht nur Überfischung, auch Einträge aus der Landwirtschaft und die Verschmutzung der Luft durch Schiffsemissionen gefährden

die Artenvielfalt in den Meeren und die Lebensqualität in den Küstenregionen.

Ein gemeinsamer europäischer Ansatz, der von der Landwirtschaft über Fischerei, Wirtschaft und Tourismus alle relevanten Politikbereiche einbezieht, ist überfällig. Mit dem Grünbuch „Die künftige Meerespolitik der EU“ macht die europäische Kommission Vorschläge für eine solche integrierte europäische Meerespolitik. Ich begrüße diesen Schritt der Kommission.

Allerdings kommen darin das Nachhaltigkeitsprinzip und das Meer als Ökosystem mit seinem schutzwürdigen Eigenwert zu kurz. So nimmt die maritime Wirtschaft viel Raum ein, jedoch fehlen Vorschläge, wie wir die Meere nutzen können, ohne sie aus dem ökologischen Gleichgewicht zu bringen. Denn ökonomische Nutzung und ökologischer Schutz bedingen sich gegenseitig: so sichern nur gesunde Fischbestände den Fischern auf die Dauer ihren Lebensunterhalt. Wirtschaftlich denken heißt nachhaltig denken. Für die EU bedeutet das: Fangquoten runter, Meeresschutzgebiete ausweiten. Die Agrarpolitik sollte diejenigen finanziell am meisten fördern, die am wenigsten verschmutzen. Landstromanschlüsse in den Häfen, schadstoffarme Schiffsantriebe und Kraftstoffe sparen Energie und verringern die Emissionen. Damit ist Meeresschutzpolitik auch Klimaschutzpolitik.

Für alle Vorschläge brauchen wir verbindliche Maßnahmen, Ziele und Zeitpläne. Die Helsinki-Kommission macht in ihrem „Baltic Sea Action Plan“ konkrete Vorschläge für eine „Modellregion Ostseeraum“. Die schleswig-holsteinische Landesregierung sollte sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen,

dass sie die EU-Ratspräsidentschaft auch dazu nutzt, den Ostseeraum als Vorbildregion zu etablieren. Außerdem müssen alle Politiken darauf abgeklopft werden, ob sie sich mit dem Ziel des Meeresschutzes vereinbaren lassen. Schließlich sollte sich die deutsche Ratspräsidentschaft dafür stark machen, dass das Grünbuch um eine echte „Umweltsäule“ ergänzt wird. Die Meeresstrategierichtlinie ist eine gute Grundlage.

Die grüne Bundestagsfraktion wird eine eigene Stellungnahme in den Konsultationsprozess der Kommission bis Ende Juli einbringen. Mehr zu unseren Vorschlägen im Positionspapier norddeutscher grüner Abgeordnete, das wir Euch gerne zuschicken. Das Papier ist auch auf meiner Homepage zu finden unter <http://www.rainder-steenblock.de/>. ●

*Mehr zur Position der Bundestagsfraktion zur Europäischen Meerespolitik werde ich auf folgenden Veranstaltungen vorstellen:*

#### **Meeresschutz zuerst!**

Positionen des Umweltschutzes zur Europäischen Meerespolitik, Veranstaltung auf Einladung von Dr. Helga Trüpel, MdEP

5. März 2007, 14-18 Uhr, Bremen, Gästehaus der Universität, Teerhof 58

#### **Europäische Meerespolitik**

Konferenz von Rainer Steenblock MdB mit Angelika Beer MdEP und dem Europa-Ressort der GAL-Bürgerschaftsfraktion

1. April 2007, 11-15 Uhr, Hamburg, Rathaus, Rathausmarkt 1

#### **Grüne Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Ökologie**

2. März 2007, 17.30-21 Uhr, Berlin, Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1.



# Medien und die Kultur der Gewalt

**Januar 2007: In einem kleinen norddeutschen Dorf ermorden zwei Jugendliche ein Ehepaar. Vorbild für die schreckliche Tat, so wird vermutet, war ein Gewaltvideo.**

*Von Grietje Bettin*

Wenige Wochen zuvor wurden beim Amoklauf eines Jugendlichen in Emsdetten viele Menschen durch Schusswaffen verletzt, der Junge erschoss sich anschließend selbst.

Gewaltfreiheit war immer eine grüne Kernforderung. Vor allem in den Köpfen unserer Kinder hat Gewalt nichts zu suchen. Die Frage ist: Wie erreichen wir dieses Ziel?

Vor allem Jungen spielen gewalthaltige Computerspiele und tauschen per Handy Gewaltvideos aus. Auch Gewalt im Fernsehen steht im Zentrum der Debatte: Etwa jede 20. Fernsehminute ist mit Gewalt gefüllt. Pro Stunde werden im Fernsehen im Schnitt 4,12 Akte schwerster Gewalt (Morde) und 5,11 Akte von schwerer Körperverletzung gezeigt.

Dazu passt die Wahrnehmung, dass Jugendgewalt stark zugenommen hat. Überraschenderweise jedoch geht Jugendgewalt derzeit zurück. Das Risiko, Gewaltopfer zu werden, ist seit 1997 leicht gesunken, auch die Gewaltbereitschaft geht zurück. Gründe sehen ExpertInnen u. a. in Kampagnen wie z. B. gegen häusliche Gewalt und in der gestiegenen öffentlichen Sensibilität. Der „harte Kern“ jugendlicher Gewalttäter aber bleibt unverändert.

Die Forschung zeigt: Medien allein bewirken keine Gewaltbereitschaft. Sie kann aber, wenn vorhanden, verstärkt werden. Es gibt einen Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt, gewalthaltigen Überzeugungen, dem Vorhandensein von Hass, Angst und Wut (z. B. gegen Eltern oder Fremde) einerseits und deren Verstärkung durch mediale Gewalt andererseits. Besonders Jugendliche, die Gewalt erfahren haben, werden von Gewalt in den Medien angezogen. In einem sozialen Umfeld, in dem Gewalt positiv besetzt ist (z.B. bei den Neonazis), trägt mediale Gewalt nachweislich zur Verfestigung einer „Kultur der Gewalt“ bei.

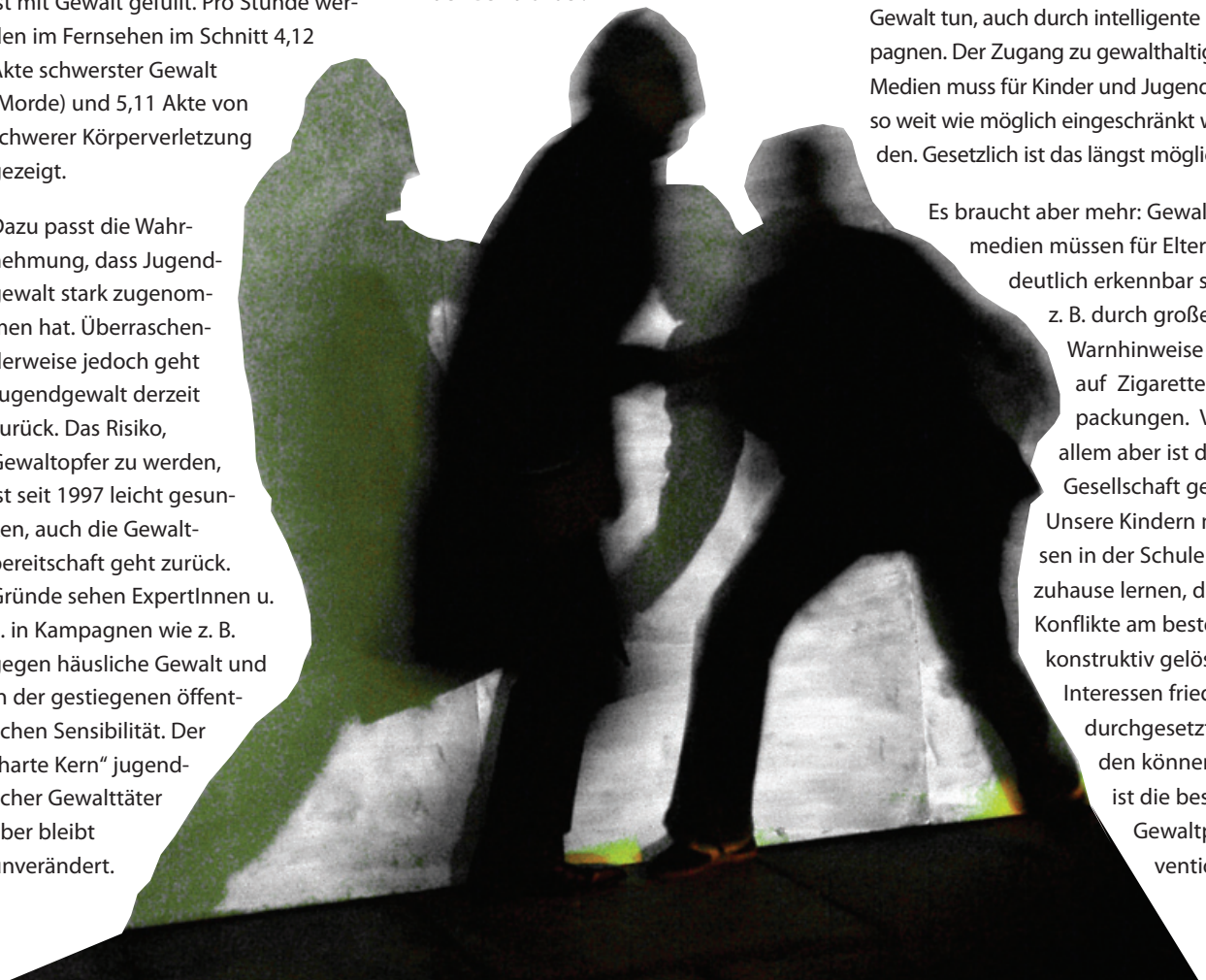
Hier beginnt das eigentliche Problem. Zwar werden die wenigsten jungen Menschen zu aktiven TäterInnen, nur weil sie Gewaltvideos sehen oder „Killerspiele“ spielen. Gefährlich ist ihre Allgegenwart, weil sie den Anschein von „Normalität“ erweckt: „Das hat doch jeder“. Daraus folgt Abstumpfung und Akzeptanz, eine „Kultur der Gewalt“, also genau der Nährboden, auf dem Gewaltkonsum in Gewalthandeln umschlagen könnte.

Klar ist: Alle müssen ihren Teil zur Gewaltbekämpfung beitragen. Die Politik muss alles für die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt tun, auch durch intelligente Kampagnen. Der Zugang zu gewalthaltigen Medien muss für Kinder und Jugendliche so weit wie möglich eingeschränkt werden. Gesetzlich ist das längst möglich.

Es braucht aber mehr: Gewaltmedien müssen für Eltern deutlich erkennbar sein, z. B. durch große Warnhinweise wie auf Zigarettenpackungen. Vor allem aber ist die Gesellschaft gefragt. Unsere Kindern müssen in der Schule und zuhause lernen, dass Konflikte am besten konstruktiv gelöst und Interessen friedlich durchgesetzt werden können. Das ist die beste Gewaltprävention. ●



*Grietje Bettin, medienpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen*



aboutpixel



## Veranstaltungstipp

### Brokdorf - was war das eigentlich?

#### Podiumsdiskussion in Wilster

*Oktober 1976: Ein Zug von etwa 6000 Leuten marschiert dahin, wo das AKW Brokdorf gebaut werden soll. Der Widerstand weitet sich aus und erfasst die ganze Bundesrepublik. Hunderttausende gehen gegen Atomkraft auf die Straße. Der Protest und seine Folgen prägen die Bundesrepublik Deutschland bis heute.*

Die Erinnerung an seine Ursprünge aber verblasst. Gerade für die Generation, die damals geboren wurde, die den GAU in Tschernobyl als Kind erlebt hat und die heute für grüne Politik eintritt, rückt die Frage nach den „Wurzeln der Bewegung“ immer mehr in den Vordergrund.

Wir finden: Der Protest braucht eine Stätte des Erinnerns. Darüber und über Wege der Aufarbeitung wollen wir mit allen Interessierten diskutieren.

**Mittwoch, 18. April 2007**

**19. 00 Uhr**

**im Colosseum in Wilster**

weitere Infos auf  
[www.g-bettin.de](http://www.g-bettin.de)



## Politische Bildungsreise nach Berlin

Für unsere nächste politische Bildungsreise vom 23.-25.4.2007 sind noch wenige Restplätze verfügbar. Wir werden u. a. an einer Plenarsitzung teilnehmen, besuchen Bundesrat und grüne Parteizentrale sowie das Jüdische Museum.

Interessierte melden sich bitte im Wahlkreisbüro von Grietje (siehe Kasten unten). ●

#### Wahlkreisbüro Bettin

Claudia Prehn  
Florian Bernstorff  
Claudia König  
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel  
Telefon 0431 5578262  
Telefax 0431 5578224  
[grietje.bettin@wk.bundestag.de](mailto:grietje.bettin@wk.bundestag.de)

#### Berliner Büro

Konstanze Ullrich  
Nina Morschhäuser  
Stephan Kolbe  
Unter den Linden 50, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-75052  
Telefax 030 227-76051  
[grietje.bettin@bundestag.de](mailto:grietje.bettin@bundestag.de)

 [www.g-bettin.de](http://www.g-bettin.de)

## Europas Verfassung braucht mehr Bürgerbeteiligung

Zentrale Werte und Ziele der Europäischen Union werden in den kommenden Monaten unter deutschem Vorsitz diskutiert. Und obwohl die Bundesregierung sich vorgenommen hat, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU zu stärken, vollzieht sie eine Politik hinter verschlossenen Türen, was auch schon von der EU-Kommission kritisiert wird. Eine Nagelprobe für das Bekenntnis der Bundesregierung zu mehr Demokratie und Transparenz wird die Berliner Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft der EU sein, die zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge am 25. März feierlich proklamiert wird und den Startschuss zur Wiederbelebung des EU-Verfassungsprozesses bilden soll. Ihre Weigerung, Bundestag und Öffentlichkeit in die Vorbereitung der Deklaration mit einzubeziehen, zeigt jedoch, dass es der Regierung nicht wirklich

ernst ist mit ihrer Ankündigung, Europa gemeinsam zu gestalten.

Der Verfassungsvertrag kann in Europa nur Wirklichkeit werden, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem Projekt identifizieren - dafür brauchen wir mehr Dialog, keine klammheimlichen Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Für uns Grüne ist klar: wir wollen eine bürgernahe, demokratische und handlungsfähige EU. Der Vertragsentwurf bietet dafür eine gute Grundlage. Die Berliner Erklärung muss jetzt ein Signal dafür setzen, dass die Bürgerinnen und Bürger an den Diskussionen und Entscheidungen über die Verfassung beteiligt werden. Als Projekt der Eliten hat die EU keine Chance. ● rs

*Mehr zur EU-Ratspräsidentschaft findet Ihr unter [http://www.gruene-bundestag.de/cms/europaeische\\_union/rubrik/0/87.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/europaeische_union/rubrik/0/87.htm)*




aboutpixel

#### Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer  
Thorsten Berndt  
Damm 48, 25421 Pinneberg  
Telefon 04101 553987  
Telefax 04101 553986  
[rainder.steenblock@wk.bundestag.de](mailto:rainder.steenblock@wk.bundestag.de)

#### Berliner Büro

Manuela Siebert  
Irene Hahn  
Pia Kohorst  
Unter den Linden 50, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-72056  
Telefax 030 227-76056  
[rainder.steenblock@bundestag.de](mailto:rainder.steenblock@bundestag.de)

 [www.rainder-steenblock.de](http://www.rainder-steenblock.de)